

Spur nach Liechtenstein

Bergbahnen in Kitzbühel suchen ihren Eigentümer

KITZBÜHEL/VADUZ Die Bergbahnen Kitzbühel wissen nicht viel von ihrem zweitgrössten Aktionär, der in Liechtenstein ansässigen Meleda-Anstalt, die knapp 31 Prozent der Aktien hält. Neue Gesetzesvorgaben zum Kampf gegen Geldwäsche zwingen sie jedoch nun herauszufinden, wer tatsächlich hinter der Meleda-Anstalt steckt. Da auch Banken die Eigentümer ihrer Kunden kennen müssen, müssten ansonsten die Geschäftsbeziehungen eingestellt und der Geldhahn zugekehrt werden. Das setzt die Bergbahnen unter Druck. Da Meleda bisher jedoch nicht bereit war, die tatsächlichen Eigentümer offenzulegen, zogen die Bergbahnen im Mai in Liechtenstein vor Gericht, wie die «Tiroler Tageszeitung» am Montag berichtete. Dabei war bis vor Kurzem noch ein Meleda-Vertreter im Aufsichtsrat der Bergbahnen vertreten - Kitzbühels ehemaliger Bürgermeister Horst Wendling. Dieser habe laut den Bergbahnen aber nichts bekannt gegeben und wurde im Zuge der Hauptversammlung im Juni nicht mehr in den Aufsichtsrat bestellt. (df)

Ausländer- und Passamt

Bewilligungen für Aufenthalte werden an EWR-Bürger verlost

VADUZ Das Ausländer- und Passamt (APA) nimmt von 1. August bis spätestens 31. August Bewerbungen für die Auslosung von Aufenthaltsbewilligungen an EWR-Staatsangehörige entgegen, wie der Pressemitteilung von Anfang Woche zu entnehmen ist. Bei den zwei Auslosungsverfahren pro Jahr werden mindestens 28 Bewilligungen zum Stellenantritt und 8 Bewilligungen zur erwerbslosen Wohnsitznahme erteilt. Nähere Informationen auf apa.llv.li. (red/ikr)

Liechtenstein-Institut zieht Bilanz: Finanzielle Lage weiter angespannt

Jahresbericht Auch im Jahr 2017 hatte das Liechtenstein-Institut alle Hände voll zu tun, seine Forschung mit einem - für ein solches Institut - geringen Budget in Einklang zu bringen. Am Ende stand auch dieses Jahr ein Defizit und die Hoffnung auf mehr finanzielle Mittel.

VON SEBASTIAN ALBRICH

«Das Liechtenstein-Institut bleibt ein hocheffizientes und produktives wissenschaftliches Institut», betonte Instituts-Präsident Guido Meier. Die finanzielle Lage ist jedoch wie auch in den Vorjahren weiterhin knapp. Denn sein Budget von aktuell 1,7 Millionen Franken müsse sich das Institut auch weiterhin jedes Jahr suchen gehen. Dies sei jedoch auch ein Symptom der generell knappen Budgetbemessung im tertiären Bildungssektor Liechtensteins, argumentiert der Präsident. So ist es auch wenig verwunderlich, dass am Ende der Jahresrechnung 2017 des Institutes ein Minus von 200 041 Franken zu finden war. Schliesslich konnte das Institut inklusive Staatsbeitrag von einer Million Franken nur 1 538 974 Franken an Geldern zusammentragen. Meier hofft jedoch, dass die Erträge mit dem kommenden Jahr anstehenden Unterstützungsgesuch steigen. Eine Erhöhung des Staatsbeitrages werde auf jeden Fall beantragt. Um wie viel höher dieser künftig jedoch sein müsste, gelte es zuerst auszuarbeiten. Dies hänge laut dem frisch gebakenen Instituts-Direktor Christian Frommelt auch von den anstehenden Forschungsprojekten ab. An der gestrigen Pressekonferenz stand ein Plus



Von links: Christian Frommelt und Guido Meier. (Foto: Paul Trummer)

von mindestens 250 000 Franken im Raum. Die Erträge müssten zumindest das dieses Jahr budgetierte Defizit und jenes des Jahres 2017 kompensieren. Meier schweben in etwa Gesamterträge von 2 bis 2,5 Millionen Franken vor, wobei dies nicht nur über den Staatsbeitrag und damit den Steuerzahler, sondern auch über eine Erhöhung der privaten Spendeneinnahmen erreicht werden soll. «Wir haben uns selbst den Anspruch gestellt, dass der Anteil des Staatsbeitrages am Gesamtbudget nicht zu hoch wird», unterstreicht Frommelt.

Forschung schläft nicht

Das Liechtenstein-Institut bleibe auf jeden Fall mit den bestehenden finanziellen und personellen Ressourcen auf allen Ebenen weiterhin stark gefordert, so Frommelt. Denn das Land Liechtenstein ist dynamisch und es entstünden schon alleine in den vier Fachbereichen des Institutes ständig neue Forschungsthemen. Dies sei jedoch nur ein Grund, weshalb die Anforderungen an Finanzen und Perso-

nal steigen. Zudem erfordere die Forschung heute auch eine immer aufwendigere Begleitung. Es gelte Vorträge zu halten, Konferenzen zu besuchen und sich zu vernetzen und Arbeiten mehrfach aufzubereiten, um den Wissenstransfer anzutreiben. Weiter sei laut Frommelt auch sonst eine organisationale Schlagkraft nötig, um Drittmittelprojekte zu beantragen und auch zu erhalten. Als Beispiel nannte er das aktuell in Kooperation mit der Uni Zürich durchgeführte und von den Schweizerischen Nationalfonds geförderte Projekt «Staatsaufgaben im Kleinstaat». Es gehe somit nicht darum, sich mit zusätzlichen Mittel und Personal auf weitere Fachbereiche auszuweiten, sondern mit den steigenden Anforderungen in den eigenen Bereichen Recht, Politik, Wirtschaft und Geschichte ohne Qualitätsverlust mitzuhalten, fasst Frommelt zusammen.

Breite Themenvielfalt

Die Vielzahl der zu bearbeitenden Themen spiegelt sich auch in den ab-

geschlossenen und laufenden Projekten der einzelnen Fachbereiche wider. Neben dem bereits erwähnten «Staatsaufgaben im Kleinstaat» und dem Verfassungskommentar Verfassung.li, der 2019 abgeschlossen werden soll, soll nach längerer Vernachlässigung auch der Bereich des internationalen Rechts künftig wieder in den Fokus rücken. Zur Ausarbeitung der historischen Aspekte des für das 300-Jahr-Jubiläum geplanten Liechtenstein-Wegs war das Institut ebenfalls gefragt. Besonders stolz sei man jedoch auf das historische Lexikon des Fürstentums Liechtenstein, das künftig auch im Internet verfügbar sein wird. Im Bereich Politik wiederum beschäftigten das Institut - neben den Landtagswahlen 2017 - diverse Auftragsarbeiten, wie die Familienumfrage, die Erhebung zum Service Public oder auch die Studie zum Islam in Liechtenstein, die verschiedene politische und gesellschaftliche Bereiche des Landes beleuchteten. Im laufenden Jahr stünde zudem noch der Abschluss von Wilfried Marxers Forschungsprojekt zur direkten Demokratie an. Auch Frommelt selbst konnte mit dem Abschluss seiner Dissertation «Differenzierte Integration» an der ETH Zürich einen persönlichen Erfolg verbuchen. Diese soll 2018 noch aufbereitet werden, sie beleuchtete die Herausforderungen und Zukunft der europäischen Integration aus Sicht Liechtensteins und anderer EWR-Staaten. Eine Arbeit, die laut Meier auch sehr deutlich die internationale Vernetzung des Institutes zeige: «Das Liechtenstein-Institut ist nicht nur auf dem Kirchhügel Bendern-Gamprin tätig, sondern auch weit in der Region und im Ausland», so der Präsident über Frommelts Arbeit.

Der vollständige Jahresbericht 2017 ist auf liechtenstein-institut.li/abrufbar.

Gleichberechtigung: Liechtensteins NRO brachten Anliegen bei UNO vor

Einsatz Die Nichtregierungsorganisationen beteiligen sich im Rahmen des fünften Länderberichts Liechtensteins und brachten ihre Anliegen einem UNO-Gremium vor.

Vertreterinnen aus verschiedenen liechtensteinischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) nahmen am Montag an einem Treffen mit dem CEDAW-Expertengremium in Genf teil, um dort ihre Ansichten und Forderungen vorzubringen und Fragen zu beantworten. Anlass war die Anhörung Liechtensteins im Rahmen der regelmässigen Überprüfung der Umsetzung der Frauenrechte vor dem UNO-Ausschuss, wie es in einer Mitteilung der NRO heisst. Die Regierung hatte Anfang des Jahres den fünften Länderbericht eingereicht, die offizielle Anhörung Liechtensteins wird morgen stattfinden. Am Montag konnten sich bereits NRO vor dem Gremium äussern, um die Informationen des Länderberichts zu ergänzen. Der UN-Ausschuss lege grossen Wert auf deren Beteiligung, da die NRO «oftmals stärker praxisbezogene und kritischere Informationen einbringen» würden, heisst es in der Mitteilung weiter.

Auf Basis der Schattenberichte

In ihren Stellungnahmen bekräftigten die NRO-Vertreterinnen ihre bereits in den Schattenberichten vorgebrachten Anliegen im Bereich der Frauenrechte (das «Volksblatt» berichtete am 28. Juni). Die aus ihrer Sicht dringlichsten Anliegen betref-



Eva-Maria Schädler, Julia Kerber, Claudia Heeb-Fleck, Corina Vogt-Beck, Claudia Fritsche, Jasmine Andres-Meier (v. li.) sprachen vor der UNO in Genf. (Foto: ZVG)

fen Schutz vor Gewalt, die ausstehende Unterzeichnung der Behindertenkonvention, die Unterververtretung von Frauen in politischen Gremien und Führungsfunktionen, die mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Forderung nach Lohngleichheit. Das CEDAW-Expertengremium stellte den NRO-Vertreterinnen Fragen zur gemeinsamen Obsorge bei häuslicher Gewalt sowie zu den Problemen bei der Beweiserbringung bei Gerichtsverfahren in Fällen sexualisierter Gewalt. Zudem interessierte sich das Gremium für den Stand der Quotendiskussion und wie sich hierzu der Staat verhält, sowie für mögliche Erklärungsgründe für die Stagnation bei der Gleichstellung. An der Delegation beteiligt waren Claudia Fritsche (Verein für Menschenrechte), Corina Vogt-Beck (Frauennetz und Verein Hoi Quote), Julia Kerber (Liechtensteinischer Behindertenverband), Claudia Heeb-Fleck (Frauennetz und Verein Frauen in guter Verfassung) sowie Jasmine Andres-Meier vom Frauenhaus und Eva-Maria Schädler (Vereine Frauen in guter Verfassung und «Hoi Quo-

te»). Die Delegation brachte zudem stellvertretend die Anliegen der Infra-Beratungsstelle sowie der Gleichstellungskommission der Uni Liechtenstein vor. Zusätzlich zu den liechtensteinischen Organisationen brachte sich mit Daniela Truffer von Zwischengeschlecht.org auch eine schweizerische Interessengruppe ein, die sich für die Rechte von Menschen beziehungsweise Kindern mit «auffälligen» beziehungsweise «uneindeutigen» körperlichen Geschlechtsmerkmalen einsetzt. Heute wird es zudem ein informelles Treffen zwischen den CEDAW-Experten und Trudi Ackermann (Gleichstellungskommission der Uni Liechtenstein), Petra Eichele (Infra) sowie Christine Schädler (Frauennetz) geben. Sie haben dann nochmals die Möglichkeit, im informellen Gesprächen die Situation in Liechtenstein zu schildern und allfällige Fragen zu beantworten. (red/pd)

CEDAW steht für Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau und ist seit 1981 in Kraft. Liechtenstein ist seit 1995 dabei und verfasst regelmässig Berichte darüber, wie die Frauenrechte in den verschiedenen Bereichen umgesetzt werden.

In der Ostschweiz droht OKP-Streit

Ostschweizer Ärzte kündigen wegen tiefer Taxpunktwerte Verträge

ST. GALLEN Die Ostschweizer Ärzte haben die regionalen Taxpunktwert-Verträge mit den Versicherern auf Ende Jahr gekündigt. Sie fordern ab 2019 höhere Abgeltungen für ihre Leistungen. Diese seien im Vergleich zur übrigen Schweiz zu tief. Seit Einführung des Ärzttarifs Tarmed im Jahr 2004 herrsche eine Tarif-ungerechtigkeit, kritisierten die Ärztesellschaften der Kantone St. Gallen, beider Appenzell, Thurgau, Schaffhausen, Graubünden und Glarus in einer Mitteilung vom Dienstag. Ärzte in anderen Landesteilen dürften für gleiche Leistungen wesentlich höhere Rechnungen stellen.

Vertragsloser Zustand droht 2019

Deshalb habe man die geltenden Taxpunktwert-Anhänge zu den kantonalen Verträgen mit den Versicherern gekündigt. Die Kündigungen seien «mit dem Wunsch verbunden, in den nächsten Monaten faire und realistische Taxpunktwerte auszuhandeln», heisst es. Als Reaktion hätten die Versicherer die gesamten regionalen Anschlussverträge mit allen Anhängen gekündigt. Für 2019 drohe damit ein vertragsloser Zustand. 2004 hatten die Ostschweizer Ärztesellschaften anstelle des Taxpunktwerths von schweizweit einem Franken vorübergehend einen tieferen Taxpunkt von 85 Rappen akzeptiert. Grund dafür sei die damalige Annahme gewesen, ein landesweit einheitlicher Taxpunktwert könnte die Gesundheitskosten in die Höhe treiben, heisst es. Inzwischen habe



Einigt man sich nicht auf einen Taxpunktwert, droht in der Ostschweiz ein vertragsloser Zustand zwischen Ärzten und Versicherern. (Foto: SSI)

sich die Ausgangslage noch verschlechtert, weil verschiedene Tarifpositionen durch Eingriffe des Bundesrats und Revisionen ebenfalls nach unten angepasst worden seien. Die Ostschweizer Ärzte seien dabei immer doppelt «bestraft» worden, schreiben die Ärztesellschaften. Nun machen die Ärzte Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Tätigkeit geltend, wie sie betonen. Es sei unfair, dass die damals gewährte, vorübergehende Zurückhaltung, die den Versicherern grosse regionale Einsparungen gebracht habe, nie ausgeglichen worden sei. Über Jahre hinweg seien die bis zu 15 Prozent tieferen Entschädigungen beibehalten worden. Zur Behandlung Liechtensteiner Patienten müssen Schweizer Ärzte gesonderte Verträge mit dem hiesigen Krankenkassenverband abschliessen. Ob diese ebenfalls gekündigt wurden, war gestern Abend nicht bekannt. (red/sda)